

Enztal-Blote

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.



Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis M. 4.80 vierteljährlich, M. 1.60 monatlich frei ins Haus geliefert; durch die Post im innerdeutschen Verkehr M. 4.65 und 90 Pfg. Postbestellgeld. Anzeigenpreis: die einseitige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamezeilen 75 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad bei der Expedition Wilhelmstrasse 99, in Calmbach durch die Austrägerin.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad. Fernsprecher Nr. 33.

Nr. 17

Donnerstag, 22. Januar 1920

Jahrgang 54

Wie man in Wien lebt.

II.

Als Mittelstand möchte man heute in Wien jene Armen bezeichnen, die, wenn sie erwerbslos sind keine Arbeitslosenunterstützung beziehen. Es ist öfters hervorzuheben worden, daß die Angehörigen der geistlichen Berufe, die geistigen Arbeiter auch in Wien schlechter bezahlt werden, als die industrieller Arbeiter, und am Neujahrstag spukte in den Wipplättern der „Scherz“ herum, die Universitätsprofessoren und die Staatssekretäre hätten den Kanakrümern ein glückliches Neujahr gewünscht, um ein kleines Trinkgeld zu bekommen. Eine Gehaltsbesserung für alle Kategorien der Staatsangestellten (mit gleitenden Zulagen, das heißt mit von vornherein vorgegebener Berücksichtigung weiterer Teuerung) wird jetzt vollzogen. Aber auch die nichtstaatlichen geistigen Arbeiter sind schlecht genug gestellt. Das Studentenelend, das in Wien schon vor dem Krieg eine brennende Tagesfrage war, ist heute trasser denn je.

In diesen verelendeten Mittelstand gehören natürlich auch „kleine Rentner“, auch solche, die man früher gar nicht als „klein“ bezeichnet hätte. Ein wesentlicher Teil des Kleinbürgertums, dieser in Wien so bedeutenden Bevölkerungsschicht, ist nicht zum verelendeten Bürgertum zu zählen. Allerdings sind die kleinen Greisler, Lebensmittelhändler, Gastwirte, meistens von der Postkassette der gegenwärtigen Wirtschaftslage begünstigt. Zum Mittelstand ist hingegen auch der vermögenslose Teil des früheren Adels, die höhere Beamtenschaft usw. zu zählen. Die unfreiwillig abgelegten Freiherren-Titel, die nichtabgelegten (vielmehr auch von der heutigen Regierung noch frisch produzierten) „Hof“-Ratsittel oder die Generalspensionen schlagen vor dem Elend nicht. In allen diesen Kreisen wie auch in den früher erwähnten Schichten des Mittelstands trachtet die junge Generation sich Erwerbsquellen zu schaffen. Ein großer Teil lernt arbeiten.

Bezeichnend ist, daß die weibliche Jugend sich besonders auf das Kunstgewerbe stützt. Man kann dabei das Dekorativ des künstlerischen Interesses beibehalten und in manchem Falle besterhen ja auch wirklich Fähigkeiten. Außerdem bietet gerade das Kunstgewerbe (insbesondere handelt es sich um Stickereien, Seidenmalerei u. dgl.) Gelegenheit zur Heimarbeit bei Mitverfugung des Haushalts. Daß die Heimarbeit am meisten ausgebeutet wird, ist von jeher bekannt; ganz besonders ist dies der Fall, wenn es sich um die „verschämten Armen“ handelt, die alle jene Vorteile und Einrichtungen, für die die Vorbedingungen durch die Organisiertheit des Proletariats geschaffen wurden, nicht in Anspruch nehmen. Das Familienheim ist natürlich auch im Mittelstand zerstört. Selbst dort, wo die Gattin auch einen Beruf hat, ist es schwer, ein Dienstmädchen zu halten. Nicht das Gehalt macht es, sondern der Umstand, daß es ebenso schwer ist, die Haushaltungsangestellte satt zu bekommen, wie sich selbst. Kaum kommt noch ein Mädchen vom Lande in die Stadt „dienen“. Vielmehr wenden sich Töchter aus dem verelendeten Mittelstand dem Beruf der Haushaltungsgehilfinnen zu. Manches Mädchen läßt den Stenogrammblock, die Schreibmaschine stehen und wird „Stütze“. Auch Sprachlehrerinnen, sogar Mittelschul-Insolventinnen sieht man diese Erwerbsmöglichkeit ergreifen. Die „Herrlichkeit“ so eines „Dienstmädchens“ ist natürlich in der Regel eine heraufgekommene Schieberfamilie, bei dem die Dienstmädchen am besten satt werden können. (Schluß folgt.)

Der Zentrumsparteitag entzieht Erzberger das Vertrauen nicht.

Berlin, 21. Jan. WTB. meldet: Der Parteitag des Zentrums hielt nach Schluß der gestrigen öffentlichen Sitzung eine geheime Beratung ab. Ohne über diese Beratung besondere Mitteilungen zu machen, leitete die „Germania“ folgenden Beschluß mit: In der geschlossenen Sitzung des Parteitages sind Anschuldigungen, welche die persönliche Ehre des Reichsfinanzministers Erzberger betreffen, nicht vorgebracht worden. Gewisse durch Tatsachenbeweise nicht erhärtete Angriffe politischer Gegner müssen der Klärung durch das schwebende Gerichtsverfahren vorbehalten bleiben. Für den Parteitag lag kein Anlaß vor, dem Minister Erzberger aus Gründen, die in seiner Person liegen, das Vertrauen zu nehmen. Die Politik der Koalitionsregierung und damit auch im wesentlichen die Politik Erzbergers hat die Fraktion gut geheißen. Es wird festgehalten, daß die Stellungnahme des Parteitages zur Politik der Fraktion am Schluß der Verhandlungen erfolgt. — Die Erklärung hebt hervor, daß der Beschluß einstimmig gefaßt wurde.

lungnahme des Parteitages zur Politik der Fraktion am Schluß der Verhandlungen erfolgt. — Die Erklärung hebt hervor, daß der Beschluß einstimmig gefaßt wurde.

Die Deutschen als Landsknechte Polens.

Berlin, 21. Jan. Es wird gemeldet, daß die polnische Regierung in dem abgetretenen Gebiet Ostpreußens sechs Jahrgänge, vom 18. bis 24. Jahr, etwa 15 000 Mann, zu den Waffen berufe und zunächst als Grenzschutz verwende. Später sollen die Truppen nach dem Kriegsausbruch gesandt werden.

Berlin, 21. Jan. Die Meldung der „Times“, daß abziehende deutsche Truppen die Kasernen in Thorn in Brand gesteckt haben, ist eine reine Erfindung.

Danzig, 21. Jan. Bei den Danziger Behörden sind bis jetzt als Besatzungstruppen angemeldet: 188 Offiziere und 4788 Mann, außerdem 1200 Pferde.

Budapest, 21. Jan. Die Regierung möchte den Vorschlag Siebenbürgen weitgehende Selbstverwaltung zu geben und die Nationalitätenfrage für Sachsen, Magyaren und Rumänen durch eine Kommission des Völkerbunds zu regeln.

Moskau, 21. Jan. Bei Irkutsk (Sibirien) wird heftig gekämpft. Auf der Halbinsel Kamtschatka brach eine Revolution aus.

London, 21. Jan. „Daily News“ melden, der General Saker ist zum Generalsekretär der Wiederherstellungskommission ernannt worden.

Kämpfe in Asien.

London, 21. Jan. Reuter meldet: An der indischen Grenze fand ein schweres Gefecht statt, bei dem die britischen Truppen 380 Mann verloren. Die Deraisa-Kolonie, die im Herzen des Mahad-Landes vorrückte, stieß auf starken Widerstand.

Die „Times“ meldet, daß wieder Gefechte zwischen Franzosen und Arabern in Syrien stattgefunden haben, bei denen die Araber siegreich gewesen seien und französische Maschinengewehre erobert haben.

Prozeß Erzberger—Helfferich.

Berlin, 21. Jan. In der gestrigen Verhandlung führte Vizelandesrat a. D. Helfferich aus, er sei gegen Erzberger vorgegangen, weil dieser Mann ein Verhängnis für das Reich sei. Seine verhängnisvolle Politik liege im Zusammenhang mit seinen verhängnisvollen Charaktereigenschaften. Schon während des schweren Aufstands in Südafrika 1904 und 1905 sei Erzberger, wie er es auch im Weltkrieg gemacht habe, der deutschen Regierung in den Rücken gefallen durch die Angriffe wegen der Staatsüberschreitung bei der Ausrüstung der Expeditionstruppen und durch Aufhebung der sogenannten Kolonialkassale zu einem Zeitpunkt, als wir auf die Neutralität des benachbarten britischen Südafrika angewiesen waren. Am 4. März 1907 hat der damalige Chef der Reichsstafel v. L. bell sich genötigt gesehen, in offener Reichstagsitzung Erzberger zur Rede zu stellen. Erzberger hat sich damals von einem Beamten der Kolonialverwaltung amtliches Material ausliefern lassen, das er für seine Angriffe im Reichstag verwendet hat. Der Beamte ist deshalb später zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Erzberger wurde in diesem Prozeß als Zeuge vernommen, jedoch auf Grund des Gerichtsbeschlusses nicht vereidigt mit der Begründung, daß er der Teilnahme an der Straftat dringend verdächtig sei. Helfferich berührte dann den Fall des Attentats auf Erzberger im Flottenverein, in dem Erzberger als Zeuge die Aussage verweigerte mit der Begründung, daß er sich damit der Gefahr einer gerichtlichen Verfolgung aussetzen würde. Helfferich führte einen Fall an, wo sich Erzberger Kenntnis von dem Inhalt eines vertraulichen Schreibens eines zu Verhandlungen in Spaa kommandierten Offiziers verschaffte, und eine darauf bezügliche schriftliche Äußerung des Offiziers, daß ein solches Verfahren bisher unter ausländischen Menschen nicht üblich gewesen sei, ruhig einstecken mußte. Ebenso verhalte es sich mit der Erklärung des bayerischen Justizministers Müller-Meininger, er empfinde die Zusammenstellung mit Erzberger als eine persönliche Kränkung. Ueber den politischen Einfluß Erzbergers sagte Helfferich, er habe es durch Bedenkenlosigkeit zu einer Nachstellung gebracht, nicht nur innerhalb des Zentrums und des Reichstages, sondern auch gegenüber den Behörden, wo man den einflussreichen und angriffsbereiten Abgeordneten fürchtete.

Reichsfinanzminister Erzberger erwiderte, er habe das Reich von den unerhörten Lieferungsverträgen mit Tippelskirch-Podbielsky befreit und sich gegen die Vernichtung der Eingeborenen gewendet. Er sei der deutschen Regierung nicht in den Rücken gefallen. Bei dem vielbesprochenen Attentatsfall im Flottenverein wies er die Teilnahme daran zurück. Der Erfolg meines Propagandaunternehmens, das mir aufgegeben wurde, wird durch amtliche Anerkennung bewiesen. Hätte ich den Frieden nicht unterzeichnet, so hätte Deutschland nichts zu essen gehabt, der feindliche Einmarsch hätte stattgefunden. Die nach Weimar zusammengerufenen Minister der Einzelstaaten drohten mit sofortigem Rücktritt, wenn wir nicht unterzeichneten. Der Einmarsch des Feindes hätte die Bildung neuer Ministerien in den Einzelstaaten zur Folge gehabt, diese hätten mit dem Feind einen Sonderfrieden geschlossen, und Deutschland wäre auseinandergefallen. Das habe ich verhindert. Dr. Helfferich rügte meine Worte: „Erst mach dein Sach, dann trink und lach“. Folgte ganz Deutschland diesem Gedanken, die Arbeit voranzustellen, so stünde es besser um uns und Deutschland würde wieder hochkommen. Ich kenne kein Gesetz, sagte Erzberger, das einem Abgeordneten verbietet, einen Ausschichtspräsidenten anzuzuerkennen. Dr. Helfferich hat sich nicht wundern, daß ich ihn den „leichtfertigen aller Finanzminister“ nannte. Den Widerstand gegen die Steuerpläne seines Vorgängers Gothein erklärt Erzberger damit, daß dieser die Vermögen, die Kriegsgewinne, die schonen und neue indirekte Steuern einführen u. u. Ich war nicht mittellos, als ich nach Berlin kam, aber ich besitze nicht ein großes Vermögen.

Erzbergers Prozeßvertretung will sich auf die formelle Seite des Verfahrens wegen Verteidigung beschränken. Die Staatsanwaltschaft schlägt vor, nur die beiden Gruppen der Vorwürfe zum Gegenstand des Verfahrens zu machen, in denen Erzberger Unwahrhaftigkeit und Unehrenhaftigkeit vorgeworfen wird. Damit erklärt sich H. A. Dr. Usberg als Verteidiger Dr. Helfferichs unter der Bedingung einverstanden, daß ihm nicht umfangreiche Beschränkungen zugemutet werden, die eine Urteilsfällung unmöglich machen würden.

Neues vom Tage.

Das Reichsfinanzministerium.

Berlin, 21. Jan. Nach der „Post. Btg.“ erhebt das Zentrum wieder Anspruch auf die Bekämpfung des Reichsfinanzministeriums mit der Begründung, daß es nach wie vor starker sei als die deutsch-demokratische Fraktion, da nicht alle Bayern aus der Zentrumsfraktion ausgeschieden seien. (Ohne Bayern zählt die Zentrumsfraktion 73, die demokratische Fraktion 77 Mitglieder.)

Dr. Haas hat den ihm angebotenen Posten als deutscher Gesandter in Belgrad abgelehnt.

Die Besoldungsreform.

Berlin, 21. Jan. Ueber die Besoldungsreform für die Beamten schreibt die „D. Allg. Btg.“: Jedem Beamten soll bei nachgewiesener Befähigung und erprobter Bewährung nach Maßgabe seiner dienstlichen Leistungen das Aufsteigen in höhere Stellungen freistehen, und dieser Aufstieg durch planmäßigen Aufbau der Besoldungsordnung ermöglicht werden. Das Dienstverhältnis soll aus dem Grundgehalt und, statt des bisherigen Wohnungsgeldzuschusses, einem Ortszuschuss bestehen. Zur Anpassung an die jetzigen allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse treten neue Ortszuschläge hinzu. Die Kinderbeihilfe wurde vom Deutschen Beamtenbund grundsätzlich abgelehnt, und es wurde von ihm statt dessen eine Erhöhung des Ortszuschlags empfohlen. Die Vorbereitungen für das große und schwere Werk werden mit Beschleunigung fortgesetzt. Nach der „Tägl. Rundschau“ wäre der Grundgehalt im Vergleich zu dem bisherigen Gehalt sehr hoch angesetzt, z. B. bei einem Beamten in den Verhältnissen eines Landgerichtsrats mit 15 000 M. gegen bisher 7200 M. Bezüglich der Ortszuschläge ist in Aussicht genommen, fünf Ortsgruppen zu errichten. Teuerungszulagen nach dem Grundgehalt, der um das Doppelte der bisherigen Grundbezüge angelegt wird, werden Naturgemäß werde hier die Teuerungszulage nur eine mäßige Höhe ansetzen.

Explosion. In Mägeln bei Tressen ist der neue Gasbehälter des Gaswerks p. b. p. explodiert. 21 Personen sind verletzt, davon 6 bis 7 schwer. Zwei Personen sind bereits gestorben.

Grubenunglück. In einer Kohlengrube bei Nuzin (Nordfrankr.) riss das Drahtseil eines Förderstuhls, wobei dieser mit 20 Arbeitern in den 550 Meter tiefen Schacht stürzte.

Schiffuntergang. Der amerikanische Dampfer „Macona“, der am letzten Freitag von Kopenhagen nach New-York abgegangen ist, ist in dem schweren Sturm der vorletzten Nacht im Kattegat gesunken. Von der 50 Mann starken Besatzung wurde nur der zweite Steuermann gerettet.

Einwirkung der Unruhen auf die Kaufkraft unserer Mark. Man kauft am 13. Januar in Köln: 1 englische Pfundnote mit 200 bis 215 M. (am Vortage 192 bis 194), 100 französische Franken mit 475 bis 478 M. (am Vortage 459), 100 belgische Franken mit 477 bis 482 M. (am Vortage 463 bis 465), 100 schweizerische Franken mit 950 bis 960 (am Vortage 900), 100 holländische Gulden mit 1990 bis 2010 M. (am Vortage 1910). Die Steigerung der ausländischen Devisen ist offenbar auf die Ausprägung der inneren Lage in Deutschland, insbesondere auf die Vorgänge vor dem Reichstag in Berlin sowie auf die Verschärfung des Eisenbahnerausstands in Rheinland-Westfalen zurückzuführen.

Ungläubliche Zustände. Der „Berl. Volks-Ztg.“ und die „Voss. Ztg.“ haben unlängst, wie wir mitteilen, über haarsträubende Bländerungen aus dem Truppenübungsplatz und Gerätelager Jüterbog berichtet. Die gleichen traurigen Verhältnisse herrschen nach der „Voss. Ztg.“ auf dem Schießplatz Tegel bei Berlin. Hier wird alles gehöhelt. Hunderte von Meicru des den Schießplatz abgrenzenden Maschendrahts nebst den dazu gehörigen Pfählen sind verschwunden. Aus den eingezäunten Beobachterstellen sind sämtliche Eisenstiele und Holzschalungen gestohlen. Nur unersichtbare Erdhügel bezeichnen noch die Stellen, wo sich früher, vor noch gar nicht langer Zeit, schußsicher eingedeckte Beobachtungsstände befanden. Der völlig auf- und durchgewühlte Platz sieht aus wie ein Schachbrett mit Granattrichern. Das Schießplatzkommando läßt — ganz wie die nachgeordneten Dienststellen in Jüterbog — über zu wenig Personal. Die dem Schießplatzkommando zunächst gelegene Kleinendörfer Volkswache soll wiederholt die Übernahme von durch das Schießplatzkommando festgenommenen Deuten mit dem Hinweis abgelehnt haben, daß für den Schießplatz die Polizei in dem jenseits des Platzes gelegenen Tegel zuständig sei. Der Reichswehrbrigade 15, welcher der Schießplatz untersteht, ist von den dort herrschenden Zuständen Meldung gemacht worden, anscheinend jedoch ohne Erfolg. Einzelne „Buddler“ haben an einem einzigen Tag Blei im Wert bis zu 600 M. herausgeholt. Die Militärverwaltung hätte den Platz für eine halbe Million Mark an Privatunternehmen verpachten können, statt dessen liegen die Dinge so, daß heute ungefähr eine halbe Million Mark erforderlich ist, um die verursachten Schäden auf dem Platz wieder gut zu machen. Die genannten Zeitungen versichern, daß ähnliche Diebstähle auch auf dem Tübinger Übungsplatz vorgekommen sind. Scharen von Freibeutern holten täglich mit Handwagen das wertvolle Geschossmaterial und veräußerten es an die am Platzrand wartenden Händler, wobei sie oft Tageseinnahmen von 200 Mark und darüber erzielten.

Deutschnationale Abgeordnete haben an die Reichsregierung eine Anfrage über diese Zustände gerichtet.

Baden.

Karlsruhe, 20. Jan. Im Personenzugverkehr treten folgende Veränderungen ein: Von Montag den 19. Januar an verkehrt Zug 1473 von Lahr-Dinglingen bis Lahr-Stadt 15 Minuten früher: Lahr-Dinglingen ab 1.02 Uhr nachm., Lahr-Stadt an 1.10 Uhr. Zug 801, Baden-Baden 2.05 ab nachmittags, Baden-Dos ab 2.12 Uhr nachm. und Zug 802 Baden-Dos ab 2.26 Uhr nachm., Baden-Baden an 2.34 Uhr verkehren Werktags wieder regelmäßig. — Ferner wird von Dienstag, den 20. Jan. an Zug 341 (W. Neckarelz) Sedach früher gelegt und bis Osterburken durchgeführt: Neckarelz ab 5.25 Uhr vorm. Rossbach ab 5.35 Uhr, Sedach ab 6.20 Uhr, Osterburken 6.32. Zug 340 (W.) beginnt in Osterburken: Osterburken 6.41 Uhr vorm., Sedach an 6.54 Uhr, ab 6.55 Uhr und weiter bis Rossbach wie bisher. — Zum Anschluß an den T 12 Heidelberg ab 5.45 Uhr vorm., Schwellingen an 6.07 Uhr vorm. wird Zug 310 von Montag den 26. ds. an durchweg um 10 Min. früher gelegt: Neckesheim ab 4.50 Uhr vorm., Heidelberg an 5.40 Uhr. Die näheren Verkehrszeiten sind an den Stationen zu erfahren.

Wforzheim, 20. Jan. Beim Springer Tunnel wurde der 14jährige Sohn des Installateurs Ludwig Koblenzer mit abgetrenntem Kopf aufgefunden. Der Knabe hatte sich aus Furcht vor Strafe vom Eisenbahnzug überfahren lassen, weil er zwei Lebensmittelkarten verloren hatte.

Mannheim, 20. Jan. Der Verkehr über die hiesige Rheinbrücke ist für Tag und Nacht ohne jeden Paß oder sonstigen Ausweis freigegeben worden.

Mannheim, 20. Jan. Hier wurde ein Bigarenmacher aus Wiesental unter dem Verdacht, an dem Wort bei Realinspektoren teilgenommen zu haben, verhaftet.

Griesheim, 20. Jan. Beim Turnen verunglückte der 16jährige Lorenz Breithaupt bei Ausführung des Riesen Schwungs tödlich.

Thunfel b. Staufen, 20. Jan. Bei der Einschicht eines Auges wurde der Mantel des Steuerassessors Wolf aus Heitersheim aufgebbläht. Die Lokomotive ersakte dabei den Mantel und zog den Beamten unter die Räder, der sofort getötet wurde.



Vom Sturm gefaßt wurde die mehr als 800 Jahre alte Ulrichslinde in Döblingen bei Neeresheim, deren Stamm drei Männer nicht umspannen konnten.

Telegrammbeförderung durch Flugzeug. Die Oberpostdirektion in Berlin ließ am Mittwoch 3400 Telegramme sowie Briefpost für Holland durch ein Flugzeug nach Gelsenkirchen bringen. Die Leitungen sind noch immer gestört.

Schiffahrt. Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft wird den Verkehr mit Brasilien demnächst mit angemieteten Schiffen aufnehmen.

Der neue Reichsstaatsminister. Verlin: Wätern zufolge ist das Reichsstaatsministerium (bisher Wager-Kaufmann, etc.) dem Abgeordneten Geh. Kommerzienrat Wieland-Ullm (Dem.) angeboten worden. Wieland hat sich noch nicht entschieden. — Falls Wieland annimmt, wird die demokratische Partei vier, das Zentrum noch drei Vertreter (Erzberger, Bell und Giesberts) im Reichskabinett haben, da nach dem Austritt von 15 Abgeordneten der bayerischen Volkspartei aus der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung, denen angeblich die drei hannoverschen Zentrumsabgeordneten folgen sollen, die Zentrumspartei nach der Abgeordnetenstärke in die dritte Stelle der Regierungsparteien eingerückt ist.

Die Brotversorgung. Wie das Reichswirtschaftsministerium mitteilt, hat die Reichsgetreidestelle von den insgesamt zur Lieferung ausgeschriebenen 2,2 Millionen Tonnen Brotgetreide bis jetzt rund 1,2 Millionen erfährt und die Reichsgetreidestelle nimmt an, daß noch erhebliche Vorräte im Inland vorhanden sind, es komme nur darauf an, sie für die öffentliche Hand zu erfassen. Ob die Lieferungsprämien dazu das richtige Mittel sind, werden die nächsten Wochen erweisen. Im schlimmsten Fall müßte eine Wiederheraushebung des Ausnahmungsstaates und eine Herabsetzung der Tagesration in Erwägung gezogen werden. Würde z. B. vom 15. Februar ab eine Ausmahlung des Brotgetreides zu wenigstens 94 Prozent wieder angeordnet, und die Tagesrationmenge auf 200 Gramm Mehl herabgesetzt werden, so würden dadurch die heimischen Getreidevorräte so gestreckt werden, daß sie etwa 3 Monate länger reichen würden, als bei dem jetzigen Ausmahlungsgrad und der gegenwärtigen Nation. Daneben muß selbstverständlich die rechtzeitige Einfuhr von Auslandsgetreide im Auge behalten werden.

Eine neue Erinnerungsmarke zu Ehren der Nationalversammlung soll in diesem Monat zur Ausgabe gelangen. Sie wird im Werttag von 30 Pfg. hergestellt; ist im Bild genau wie die jetzige 25 Pfg.-Marke, hat aber andere Farben.

Valuta. Auf den Friedensschluß ist der Kurs der Reichsmark in der Schweiz auf 9 1/2 Rappen (etwa 7 1/2 Pfennig) gesunken.

Neubeisatzung von Kirchenglocken. Auf Grund von Vereinbarungen zwischen dem Reichswirtschaftsministerium, den Kultministerien und den Kirchenveränden wurde ein Ausschuß gebildet, der den Gemeinden die Neubeisatzung von Kirchenglocken vermitteln und die Erhebung von Ergeldnissen regeln soll.

Heimkehr der Gefangenen. Am 20. Januar wurde der erste Gefangenenzug nach Düsseldorf abgefahren. Am 22. Januar sollen diezüge auf den Linien Offenburg, Mannheim und Limburg in Bewegung gesetzt werden. Das Eisenbahnmateriale ist von Deutschland gestellt. Von Le Havre und Rouen sollen nach Pariser Meldungen zunächst 1500 Mann, von St. Nazaire 560 Offiziere und 700 Mann auf deutschen Schiffen abgeführt werden.

Der Dampfer „Main“, der Gefangene aus Indien bringt, hat in Port Said (Ägypten) 500 Gefangene gelandet, da an Bord die Influenza ausgebrochen war.

Zur Landwirtschaftskammerwahl, die am Sonntag den 25. Januar stattfindet, liegen jetzt die von der Landeswahlkommission für gültig erklärten Wahlvorschläge vor. Für die Wahlen der Landwirtschaft sind in jedem Bezirk drei Wahlvorschläge für gültig erklärt, nämlich der Wahlvorschlag des Landes-, Hauptverbands gemeinsam mit demjenigen des Schwäb. Bauernvereins, der Wahlvorschlag der württ. Kleinbauern (der der Sozialdemokratie nahesteht) und der Wahlvorschlag der Vereinigung der Fideikommissgemeinden in Württemberg; dazu kommt im zweiten Wahlbezirk außerdem die Lan-

deswahl um Stuttgart herum) noch ein weiterer vierter Wahlvorschlag, ausgehend von den Milchgenossenschaften und der Kleinbauernvereinigung. Für die Wahlkreise der landw. Arbeiter liegt für alle vier Bezirke ein gemeinsamer Wahlvorschlag des württ. Landesbauernrats, des Landarbeiterverbands und des Zentralverbands der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter vor.

Schnellzug. Der Schnellzug 24 (Mm ab 2.55 nachm., Stuttgart an 4.47 nachm.) und 53 (Stuttgart ab 5.10 nachm., Mm an 7.15 nachm.) verkehrt vom 21. Januar ab auch wieder zwischen München und Mm.

Torfansuhr. Die Ausfuhr von Brennstoffen in Mengen von über 10 Jtr. über die Landesgrenze ist nur mit Genehmigung des württ. Landesbrennstoffamts zulässig.

Erhöhung des Eierpreises. Der Erzeugerpreis für Hühner- und Enten-Eier beträgt von jetzt ab nach einer Verfügung des württ. Ernährungsministeriums 40 Pfg. das Stück.

Zuderrübenpreise. Die Zuderrübenfabrik Stuttgart hat sich entschlossen, bei Beanspruchung von Rübenschnitzeln den Doppelzentner Zuderrüben zu 25 M., ohne Beanspruchung von Rübenschnitzeln zu 30 M. in diesem Jahr frei Station zu übernehmen.

Schlusnotensteuer. Vielfach wird nicht beachtet, daß die Übergabe von Wertpapieren an Zahlungsort für Waren der Reichsstempelabgabe auf Wertpapierumsatz (Schlusnotensteuer) unterliegt, d. h., daß beide Teilnehmer am Handel über den Umsatz des Wertpapiers eine doppelte Schlusnote mit Angabe der Teilnehmer, der Wertpapiere, ihres Kurses und Betrags, des Orts und Tags ausstellen und diese Schlusnote, wenn kein amtlich gestempelter Vordruck verwendet wird, durch Aufkleben von Reichsstempelmarken versteuern müssen. Die Abgabe beträgt bei deutschen Kriegsanleihen in der Regel 20 Pfg. von je angefangenen 1000 M. (bei anderen Wertpapieren höhere Beträge). Die Marken und Bordrucke sind vom Hauptsteueramt oder von den Poststellen (auch durch Vermittlung der Ortssteuerämter) zu beziehen. Bei Unterlassung dieser Versteuerung setzen sich alle Beteiligten empfindlichen Strafen aus. Die alsbaldige Nachzahlung zurückgebliebener Abgaben ist dringend anzuraten.

Vorläufig keine Goldabgabe mehr. Nach Paragraph 24 Ziff. 8 des Auslieferungsabkommens zum Friedensvertrag vom 31. August 1919 wird bestraf, wer den Bestimmungen des Friedensvertrags zuwider vor dem 1. Mai 1921 ohne Erlaubnis des Reichswirtschaftsministers über Gold Verfügung trifft. Der Reichswirtschaftsminister hat im Einvernehmen mit der Reichsbank zur Verhinderung von Ausnahmefällen Verhandlungen mit den Entente-mächten angeknüpft. Bis zu deren Abschluß muß die Goldabgabe durch die Reichsbank vorläufig eingestellt werden.

Der Verband Deutscher Steinrudereibeitzer hat sämtlichen Gehilfen mit Wirkung vom 5. Januar eine weitere wöchentliche Teuerungszulage in Höhe von 25 Prozent des bisherigen Wochenlohns bewilligt. Die Folge davon wird eine weitere Erhöhung der Preise für Druck sein.

Preiserhöhungen. Das Seifensyndikat hat im Einverständnis mit dem Reichswirtschaftsministerium die Preise für Seife vom Februar ab um 100 Proz. erhöht. Seifenpulver dagegen erfährt eine Preiserhöhung von nur wenigen Prozent. — Der Deutsche Flaschenverband erhöhte den Teuerungszuschlag von 60 auf 150 Proz. rückwirkend ab 20. Dezember 1919.

Schert nach den Bäumen! Jetzt soll mit dem Ausputzen der Bäume, dem Schneiden von Reisern zur Veredelung begonnen werden. Das Reinigen der Stämme von alter schorriger Rinde und Urnat wird jetzt besorgt. Beim Ausputzen soll man ja keine Stumpen stehen lassen. Die Wasserhähne gehören weg. Die Baumkrone muß gelichtet werden, aber nicht allzu sehr. In den Gabelungen der Äste, wo die Schmarotzer ihre Schlupfwinkel haben, ist fleißig Umschau nach Ungeziefer zu halten. Alle Schnittwunden sind zu verstreichen, am besten mit Lehm oder Teer, weil sonst Regenwasser eindringt und gefährliche Fäulungen entstehen.

Württemberg.

Stuttgart, 20. Jan. (Berufung.) Dem Vernehmen nach wurde Staatsminister a. D. Dr. v. Pistorius auf den neuerrichteten Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Steuerrecht an der Universität Tübingen und zugleich auf den ebenfalls neuerrichteten Lehrstuhl für „Wirtschafts- und Staatswissenschaften“ an der Technischen Hochschule in Stuttgart berufen. Dr. v. Pistorius, der einer der bedeutendsten Finanzwissenschaftler Deutschlands ist, hat beide Lehraufträge angenommen.

Stuttgart, 20. Jan. (Lohnbewegung.) Die städtischen Arbeiter verlangen eine Erhöhung ihrer Löhne um 10 Mark im Tag.

Cannstatt, 20. Jan. (Krad.) Bei den Daimlerwerken mißte sich ein Gießereimeister bei der Direktion verantworten, weil die Gießereiarbeiter einen Ingenieur zur Gießerei hinausgeworfen hatten. Der Meister tat dies in beleidigenden Worten, weshalb er aus der Direktion verwiesen wurde. Daraufhin drangen die Gieser in die Direktion ein und verlangten eine Entschuldigung der Direktion über die dem Gießereimeister gewordenen Behandlung. Es kam dabei zu recht stürmischen Szenen, bis man sich schließlich dahin verständigte, die Schlichtung des Falles einer Kommission zu überlassen.

Leitheim, O. A. Marbach, 20. Jan. (Schafdieb.) In vergangener Woche wurde dem Schafhalter Bach, der die hiesige Weide mit 200 Schafen befaßt, ein Schaf gestohlen und am Walde abgeschlachtet.

Heidenheim, 20. Jan. (Bahnbau.) Wie mitgeteilt wird, ist der Bau der Bahn Gersheim-Herzogenmühlung bereits in dem Vorschlag der württ. Regierung an das Reichsverkehrsamt vorgelegen, die Ausführung ist also in nächster Zeit in Aussicht zu nehmen.

